

Das Zukunftspaket

Notwendigkeit des Zukunftspakets

Das Zukunftspaket

Zur **Strategie** der Bundesregierung ein Ausschnitt der Sommerpressekonferenz mit Bundeskanzlerin Merkel vom 21.07.2010

[...] Wir haben unser Zukunftspaket für solide Finanzen verabschiedet. Das ist jetzt in der Umsetzung. Da gibt es natürlich auch immer wieder Meldungen über Diskussionen, die über die rechtliche Ausgestaltung zu führen sind. Aber das Wichtige ist: Der Rahmen steht. Die Haushaltskonsolidierung wird so stattfinden, wie wir sie vereinbart haben, und sie wird vor allen Dingen auch in den verschiedenen Bereichen stattfinden, sowohl im sozialen Bereich als auch durch Beiträge der Wirtschaft als auch vor allen Dingen durch Beiträge der Verwaltung. Insofern ist die rechtliche Umsetzung sicherlich noch einmal eine Arbeitsaufgabe, aber sie wird gelingen. [...]

[...] Wir müssen uns auf den demografischen Wandel einstellen und auf einen härteren internationalen Wettbewerb. Beides bedeutet, dass wir gerade im Bereich der sozialen Sicherungssysteme diese Sicherungssysteme zukunftsfest machen müssen. Das werden niemals angenehme Diskussionen sein. Das bedeutet auch, dass wir die Haushalte weiter konsolidieren müssen. Auch das ist natürlich ein zum Teil schmerzlicher Prozess, aber ich sage: Er ist unbedingt notwendig. Wenn wir das machen, dann bin ich ganz fest davon überzeugt, dass Deutschland aus dieser Krise gestärkt hervorgehen kann. Schwerpunkt Bildung, Schwerpunkt Forschung, Investitionen in die Menschen und gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass wir uns sozusagen nicht heute die Möglichkeiten von morgen nehmen, indem wir zu viel auf Pump leben, indem wir die Weichen nicht richtig stellen. [...]

Frage: Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gesagt, der Aufschwung sei da, und er sei auch recht kräftig. Die Steuereinnahmen sprudeln jetzt auch wieder besser und wir haben höhere Steuereinnahmen, als wir noch Anfang des Jahres erwartet hätten. Schafft das jetzt Spielraum, um die kalte Progression abzumildern beziehungsweise den Mittelstandsbauch abzuflachen? Falls ja: Wann wird das passieren?

Bundeskanzlerin Merkel: Im Augenblick schafft das keine Spielräume, denn wir reden lediglich darüber, dass wir dann statt der erwarteten 80 Milliarden Euro Nettoneuverschuldung in diesem Jahr vielleicht noch 68 Milliarden Euro haben. Wenn man sich einmal überlegt, dass die höchste Neuverschuldung, die es früher einmal gab, um die 35 Milliarden Euro beziehungsweise unter 40 Milliarden Euro lag, dann muss man sehen, dass wir uns bei der Neuverschuldung immer noch in einem exorbitanten Bereich befinden, der ausdrückt, dass wir eine ziemlich scharfe Krise hatten. Wenn wir dann im nächsten Jahr vielleicht in die Gegend der 50 oder 55 Milliarden Euro kommen, ist das immer noch dramatisch. Man muss sich das einmal vorstellen: In diesem Jahr haben wir einen Haushalt von 320 Milliarden Euro. Wenn es 80 Milliarden Euro Neuverschuldung gewesen wären, dann wäre jeder vierte Euro auf Pump – jeder vierte Euro. Wenn das jetzt etwas weniger als jeder vierte ist, dann ist es immer noch mehr als jeder fünfte. Insofern kann ich nur sagen: Wir haben da noch eine weite Wegstrecke vor uns.

Quelle: REGIERUNGonline
Stand: 21.07.2010

Grundpfeiler unserer Zukunft

- Solide Finanzen
- Zukunftsinvestitionen
- Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze
- Wohlstand und Sozialstaat

Quelle: REGIERUNGonline

Ausgabenstruktur des Bundeshaushalts 2010

Sozialausgaben:	173,07 Milliarden Euro, entspricht 54 Prozent
Zinsausgaben:	36,81 Milliarden Euro, entspricht 12 Prozent
Personalausgaben:	27,7 Milliarden Euro, entspricht 9 Prozent
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:	23,16 Milliarden Euro, entspricht 7 Prozent
Verteidigung:	14,75 Milliarden Euro, entspricht 5 Prozent
Forschung und Bildung:	10,78 Milliarden Euro, entspricht 3 Prozent
Sonstiges:	33,23 Milliarden Euro, entspricht 10 Prozent

Sozialausgaben (54 Prozent), Zinsen (12 Prozent) und Personal (9 Prozent) machen drei Viertel des Bundeshaushalts aus. Es bleibt nur ein Viertel für Zwecke, die auch in Zukunft für Wachstum und Wohlstand wichtig sind, wie für Bildung und Forschung. Um unsere Zukunft zu gestalten, müssen wir die festgefahrenen Ausgabenposten in neue Bahnen lenken.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen
Stand: 11.06.2010

Die Schuldenbremse – deutliche Fortschritte beim Abbau der Neuverschuldung des Bundes

Ab 2011 besteht für den Bund die Verpflichtung, die grundgesetzliche Schuldenbremse (unter anderem Grundgesetz Artikel 115) einzuhalten. Bis 2016 muss der Bund seine strukturelle Neuverschuldung bis auf 0,35 Prozent abbauen und seinen Haushalt auch 2015 und 2016 weiter konsolidieren. Bis 2013 will Deutschland sein staatliches Defizit halbieren. Dazu haben wir uns auch gegenüber unseren europäischen und internationalen Partnern verpflichtet.

Die Nettokreditaufnahme wird voraussichtlich betragen:

2011: 57,5 Milliarden Euro
2012: 40,1 Milliarden Euro
2013: 31,6 Milliarden Euro
2014: 24,1 Milliarden Euro

Weitere Informationen zur Schuldenbremse finden Sie unter folgenden Links

Als Flashgrafik: <http://www.bundesregierung.de/static/flash/schuldenbremse/index.html>

Oder als PDF: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/schuldenbremse-infografik-textversion,property=publicationFile.pdf

Umsetzung des Zukunftspakets

Die Eckpunkte des Zukunftspakets

1. **Bildung**

Bildung ist Zukunft

Hier spart die Bundesregierung nicht, sondern investiert verstärkt: 12 Milliarden zusätzlich bis 2013. Damit setzt sie eine klare Priorität für die Zukunft unseres Landes.

2. **Wirtschaft**

Finanzhilfen und Steuervergünstigungen auf dem Prüfstand

Es gibt keine neuen Subventionen, bestehende werden nicht erhöht.

Die Bundesregierung will Vergünstigungen bei der Ökosteuer reduzieren, die Kernenergie aus ökologischen und ökonomischen Gründen besteuern (Brennelementesteuer) und eine nationale, ökologische Luftverkehrsabgabe einführen. Die Wiedereinführung des Fiskusvorrechts im Insolvenzverfahren soll die öffentliche Hand anderen Gläubigern gleichstellen. Die Deutsche Bahn AG soll einen Gewinnanteil an den Bundeshaushalt abführen.

3. **Finanzmarkt**

Beteiligung an Krisenkosten

Die Bundesregierung bereitet ein Gesetz zur Bankenabgabe vor und verfolgt weitere Maßnahmen, um den Finanzsektor an den Kosten dieser und möglicher künftiger Finanzkrisen zu beteiligen.

4. **Verwaltung**

Kosten senken

Es soll beim gekürzten Weihnachtsgeld für Beamte bleiben. Dies entspricht 2,5 Prozent weniger Gehalt. Außerdem will der Bund über 10 000 Stellen bis 2014 abbauen. Die Bezüge der Ministerinnen und Minister werden nicht erhöht.

5. **Bundeswehr**

Einsatzbereit für die Zukunft

Die Bundeswehr steht vor einer großen Strukturreform für die aktuellen und zukünftigen Anforderungen. Gleichzeitig soll auch das Verteidigungsministerium, wie alle Ressorts der Bundesregierung, zur Konsolidierung des Haushaltes beitragen.

6. **Kommunen**

Leistungsfähige Kommunen für Bürgerinnen und Bürger

Die kommunale Finanzlage ist sehr angespannt. Die Kommunen sollen auch in Zukunft leistungsfähig bleiben. Daher soll die von der Bundesregierung eingesetzte Gemeindefinanzkommission in Kürze Alternativen für eine bessere Finanzierung aufzeigen. Der Kommission gehören Vertreter des Bundes, der kommunalen Spitzenverbände und der Länder an.

7. **Arbeitsvermittlung**

Menschen wieder in Arbeit bringen

Die Jobvermittler sollen mehr Entscheidungsspielraum erhalten, um Arbeitslose mit passenden Fördermaßnahmen wieder in Arbeit zu vermitteln. Daher will die Bundesregierung so genannte „Pflichtleistungen“ der Arbeitsagentur in

Ermessensleistungen umwandeln.

Die Bundesagentur soll mittel- und langfristig ohne Darlehen des Bundes wirtschaften.

8. Soziales

Grundversorgung gesichert

Entfallen sollen: der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld; der Zuschlag beim Übergang von Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II und der Zuschuss zur Rentenversicherung für Arbeitslosengeld-II-Empfänger (er erhöht den monatlichen Rentenanspruch um nur zwei Euro, kostet den Bund aber 1,8 Milliarden Euro). Das Elterngeld soll für Einkommen über 1 240 Euro Nettogehalt von 67 auf 65 Prozent sinken. Es soll auf die Hartz-IV-Leistungen angerechnet werden, da der Grundbedarf von Arbeitslosengeld-II-Empfängern durch die Regelsätze gesichert ist.

Quelle: REGIERUNGonline
Stand: Juli 2010

Maßvolle Kürzungen – soziales Netz bleibt

Bei den Sozialausgaben sind maßvolle Kürzungen geplant. Der Bund will auch 2014 noch gut die Hälfte seines Etats für Soziales ausgeben. Das dichte soziale Netz bleibt erhalten. Alle Kürzungen beziehen sich nur auf diejenigen, die an ihrer individuellen Situation etwas ändern können. Rentnerinnen und Rentner sowie Behinderte sind nicht betroffen. Ziel der Bundesregierung ist es, Langzeitarbeitslosigkeit möglichst zu vermeiden. Gezielte Hilfe soll arbeitslosen Alleinerziehenden, Älteren und Jugendlichen ohne Schulabschluss neue Beschäftigungschancen ermöglichen.

Die Haushaltsausgaben werden voraussichtlich betragen:

- 2010: 319,5 Milliarden Euro Gesamtausgaben, davon rund 173,0 Milliarden Euro Ausgaben für Soziales, das entspricht 54,2 Prozent
- 2011: 307,4 Milliarden Euro Gesamtausgaben, davon rund 159,0 Milliarden Euro Ausgaben für Soziales, das entspricht 51,7 Prozent
- 2012: 301,0 Milliarden Euro Gesamtausgaben, davon rund 155,0 Milliarden Euro Ausgaben für Soziales, das entspricht 51,5 Prozent
- 2013: 301,5 Milliarden Euro Gesamtausgaben, davon rund 151,9 Milliarden Euro Ausgaben für Soziales, das entspricht 50,4 Prozent
- 2014: 301,1 Milliarden Euro Gesamtausgaben, davon rund 150,8 Milliarden Euro Ausgaben für Soziales, das entspricht 50,1 Prozent

Quelle: Bundesministerium der Finanzen
Stand: Juli 2010

Das Zukunftspaket – ausgewogen und fair

Balance wahren

Wer trägt dazu bei?

Etwa ein Drittel der Einsparungen leistet die **Wirtschaft**, inklusive der Finanzbranche. Der **Sozialbereich** trägt ebenfalls etwa ein Drittel der Einsparungen, obwohl er mehr als die Hälfte des Bundeshaushalts ausmacht. Zum letzten Drittel tragen unter anderem Einsparungen beim **öffentlichen Dienst** und im Verteidigungshaushalt bei. Die **sinkende Neuverschuldung** kostet **weniger Zinsen**.

Die Balance wahren: „Weniger Schulden, mehr Wachstum, mehr Geld für Bildung und Forschung“ und „Einsparungen seitens Verwaltung, Unternehmen und Bürgern“ halten sich die Waage.

Quelle: REGIERUNGonline
Stand: Juli 2010

Vorfahrt für Bildung und Forschung

Die Bundesregierung stellt die Weichen der Zukunft. Bildung und Forschung sind Schlüssel für wirtschaftliche Perspektiven, soziale Gerechtigkeit und individuellen Aufstieg. Deshalb bleibt es dabei: Bei Bildung und Forschung wird nicht gespart. Der Bund stellt bis 2013 sogar zusätzlich 12 Milliarden Euro bereit. Noch nie zuvor hat eine Bundesregierung so viel in diesen Bereich investiert. Sie appelliert an die Länder und die Wirtschaft, ihre Ausgaben ebenfalls zu steigern. Ziel ist, dass in naher Zukunft 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung fließen.

Quelle: REGIERUNGonline
Stand: Juli 2010

Weitere Informationen zum Zukunftspaket finden Sie unter folgenden Link:
<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Sparprogramm/sparprogramm>